



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



GIOVANNI SPADOLINI

Präsident des Ministerrats der Italienischen Republik

7. MAI 1982



Herr Bundeskanzler, Herr Bürgermeister,
zunächst möchte ich mich bei Herrn Rolf Stödter, dem Präsidenten des Übersee-Clubs, für seine freundlichen Begrüßungsworte herzlichst bedanken.

Es erfüllt mich mit besonderer Freude und ich rechne es mir zur Ehre an, daß mir die Gelegenheit geboten wird, heute abend gemeinsam mit maßgeblichen Vertretern der Unternehmerschaft und der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland an diesem Festessen anlässlich des Jahrestages der Gründung des Hamburger Hafens teilzunehmen.

Der Wahl Hamburgs zum Tagungsort für die Deutsch-Italienischen Konsultationen kommt meines Erachtens eine besondere Bedeutung zu: aufgrund ihrer bevorzugten geographischen Lage, der außergewöhnlichen Vitalität ihrer Wirtschaft, wie auch aufgrund ihres kosmopolitischen Charakters, der auf einer langen Tradition der Unabhängigkeit und der Weltoffenheit beruht, war diese Stadt stets ein Tor zur Welt, und zwar nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa.

Die gesamte Geschichte des Stadtstaates Hamburg ist ein Zeugnis dafür. Die Vorliebe Karls des Großen für diese Stadt, die besonderen Vorrechte, die Barbarossa ihr gewährte, ihr Beitritt zur Hanse als freier und souveräner Stadtstaat, die außergewöhnliche Ausstrahlung, die Industrie, Handel und Hafen auf die deutsche Volkswirtschaft ausüben, kurz: die gesamte Geschichte Hamburgs ist ein Beispiel an dem jeder europäische Politiker, aber auch jeder europäische Wirtschaftsfachmann, der im öffentlichen Leben tätig ist und dem wirtschaftlichen Fortschritt und dem Wohl der Bevölkerung anvertraut sind, sehr viel lernen können.

Italien ist zu 75% vom Meer umgeben, und dieser günstigen geographischen Lage verdankt es einen Großteil seiner außenwirtschaftlichen Entwicklung, wie auch seine vielfältigen Kontakte zu den anderen Kulturen des Mittelmeeres. Aus diesem Grunde versteht Italien sehr wohl die Bedeutung des Hafens – eines wahrhaften Bindegliedes zwischen Ozean und Festland – für die Stadt Hamburg. Vor der nationalen Einigung gelangten in Italien die Seerepubliken zu großer Blüte. Ihr Wohlstand beruhte auf dem Handel und ihre politische Entwicklung war einzig und allein der kompromißlosen Verteidigung ihrer Vorrechte zuzuschreiben. Daher versteht Italien voll und ganz die Bedeutung, die der Tradition der Eigenständigkeit und Unabhängigkeit des Stadtstaates Hamburg innerhalb der deutschen Nation zukommt. Ursprünglich bestand eine gewisse Wesensverwandtschaft zwischen der Entwicklung unserer dem Orient zugewandten Seerepubliken Venedig, Genua, Amalfi und Pisa und der Entwicklung des atlantikorientierten Stadtstaates Hamburg. Doch die Ereignisse, die jeweils zur Einheit Italiens und Deutschlands führten, sowie das sich aus der Entwicklung Amerikas ergebende unterschiedliche Handelsvolumen hatten zur Folge, daß Hamburg im Gegensatz zu den italienischen Seerepubliken seine Selbständigkeit beibehalten und seine Wirtschaft derart ausbauen konnte, daß der heute erreichte Stand der wirtschaftlichen Entwicklung der höchste in Europa ist.

Hamburg war und ist aber nicht nur in den Bereichen von Handel und Industrie ein Tor zur Welt. Der kosmopolitische Charakter der Stadt zeichnet auch das Geistesleben und das Pressewesen aus. Wenn jemand wie ich lange Jahre als Journalist tätig ist, kann er nicht umhin, beeindruckt zu sein von der Tatsache, daß heute mehr als die Hälfte aller deutschen Zeitungen und Zeitschriften in Hamburg erscheint. Aus einem weiteren Grunde freue ich mich über die Wahl Hamburgs für unsere Begegnung: Hamburg ist der Geburtsort von Bundeskanzler Helmut Schmidt, dem ich in herzlicher persönlicher Freundschaft und großer Achtung verbunden bin, einer Freundschaft und einer Achtung, die aufgrund der Regelmäßigkeit der nunmehr zur Gepflogenheit gewordenen Gespräche gestärkt und vertieft wurden. Dem ohnehin ausgezeichneten Stand der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien kann dieses besonders gute Einvernehmen zwischen den Regierungsverantwortlichen nur förderlich sein. Anlässlich unserer sehr konstruktiven Begegnungen und Gespräche konnten wir feststellen, daß es heute zwischen unseren beiden Ländern nicht eine einzige offene Streitfrage gibt.

Es ist uns gelungen, ein echtes Einvernehmen herbeizuführen, ein regelmäßiges, ständiges politisches Zusammenwirken, das nicht nur zu einer besonders engen Beziehung zwischen Rom und Bonn führte, sondern auch und vor allem zu einem echten Zusammengehen zweier der wichtigsten Mitglieder der europäischen Gemeinschaft und der NATO, deren im Rahmen der laufenden Konsultationen erreichter Gleichtakt die Abstimmung auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft und des Atlantischen Bündnisses nicht etwa nachteilig beeinflusst, sondern ganz im Gegenteil fördert.

Die Beziehung Rom – Bonn findet ihre Ergänzung in den Beziehungen Bonn – Paris und Rom – Paris. In Europa gibt es heute keine Vorzugsbeziehungen zwischen dem einen und dem anderen Partner, sondern nur eine einzige konstante und konkrete Kraft, nämlich das zwischen Rom, Bonn und Paris abgestimmte Europa, das natürliche Kernstück der Gemeinschaft, das gegenüber Großbritannien eine Position des globalen Einvernehmens einnimmt, und das im Rahmen der atlantischen Loyalität und damit auch im Rahmen des partnerschaftlichen Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Rom und Bonn fiel es nicht schwer, einen intensiven und fruchtbaren Dialog in Gang zu bringen. In der Tat handelt es sich um zwei Gesprächspartner, die sich seit geraumer Zeit darüber im klaren sind, daß nicht nur ihre grundsätzlichen Interessen, sondern auch ihre mittelfristigen politischen Ziele faktisch zusammenfallen.

Es scheint mir nicht unangebracht, wenn ich im Rahmen dieses feierlichen Abends, in dessen Mittelpunkt ein historisches Ereignis steht, in Anwesenheit eines so hoch qualifizierten Publikums auf ein besonders aktuelles Problem der internationalen Politik hinweise, für dessen Lösung die Bundesregierung und die italienische Regierung sich gemeinsam mit den westlichen Staaten mit besonderer Energie einsetzen

und dabei den gleichen Standpunkt vertreten. Ich beziehe mich auf die Frage der Sicherheit, eine Frage, die Gegenstand lebhafter Debatten zwischen den demokratischen politischen Kräften unserer Länder ist, aber in offenen Gesellschaften wie den unsrigen zu Recht auch von der Öffentlichkeit diskutiert wird, zumal von dieser Frage die Zukunft jedes einzelnen Staatsbürgers und die Überlebenschancen einer ganzen Gesellschaft abhängen, einer Gesellschaft, die auf den gemeinsamen Werken des freien und zivilisierten Fortschritts basiert.

Weder der Bundesrepublik noch Italien ist der vor zwei Jahren getroffene Doppelbeschuß der NATO – Modernisierung der Verteidigungssysteme angesichts der Wiederaufnahme einer höchst beunruhigenden Aufrüstungspolitik seitens anderer und gleichzeitiges Angebot an die Sowjetunion, Verhandlungen zur Kontrolle und Begrenzung dieser Waffensysteme aufzunehmen – leicht gefallen. Auch ist es kein Leichtes, zu diesem Beschuß zu stehen und ihn praktisch zu verwirklichen.

Auch wenn wir mehr denn je zuvor davon überzeugt sind, daß Dialog und Verhandlungen nach wie vor die Grundlagen der zwischenstaatlichen Beziehungen darstellen, sind wir ebenso sehr davon überzeugt – und meine Erfahrung als Historiker bestätigt mich in dieser Überzeugung –, daß der Friede unter den Völkern nur auf dem Gleichgewicht der Kräfte beruhen kann und daß die Utopie des Pazifismus in den internationalen Beziehungen häufig eine Verbündete der kriegsauslösenden Faktoren ist.

In unserem Handeln ließen wir uns stets von der Überzeugung leiten, daß einzig und allein die Entspannung eine Verschlechterung der internationalen Beziehungen verhindern kann. Entspannung bedeutet allerdings weder Verzicht noch eingeschränktes Handeln. Vielmehr verstehen wir unter Entspannung etwas Dynamisches, Umfassendes und Unteilbares, das außer den politischen und sicherheitspolitischen Aspekten auch die humanitären Aspekte und die der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit umfassen muß.

In den vergangenen Monaten wurden in Genf zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion die Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen aufgenommen. Die Eindeutigkeit, mit der die italienische Regierung und die Bundesregierung die Besorgnisse Europas zum Ausdruck brachte, war zweifellos ein Anstoß zur Aufnahme dieser Verhandlungen. In diesem Sinn wurde in den Gesprächen, die ich im September vergangenen Jahres mit Bundeskanzler Helmut Schmidt in Rom führte, der Begriff „Null-Option“ geprägt, auf den sich heute die Friedenserwartungen Europas stützen.

Zuweilen ist Europa geteilter Meinung; häufig ist es in kleinliche Streitigkeiten verwickelt; aber in den zwei großen Fragen der Sicherheit und des Dialogs herrscht immer Einigkeit. Dieser Umstand ist auf die Überlegung der Unannehmbarkeit einer Position der Schwäche und der gleichzeitigen Unannehmbarkeit des Strebens nach militärischer Überlegenheit zurückzuführen. Aus ebendieser Überlegung heraus setzen sich die Bundesrepublik und Italien für einen raschen und konkrete Ergebnisse zeitigenden Abschluß der Genfer Verhandlungen ein.

Die Anwesenheit so hochqualifizierter und maßgeblicher Wirtschaftsvertreter der Bundesrepublik Deutschland veranlaßt mich dazu, nun meine Aufmerksamkeit der Wirtschaftslage meines Landes zuzuwenden und den bereits getroffenen bzw. vorgesehenen Maßnahmen der italienischen Regierung zur Forderung eines erneuten dauerhaften und stabilen Wirtschaftswachstums.

Bei der Vorbereitung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die gleich nach dem Regierungsantritt in Angriff genommen wurden, hielt sich die Regierung gewissenhaft an die im Text der motivierten Vertrauensfrage festgehaltenen Grundlinien. Danach ging die Regierung vor dem Parlament die Verpflichtung ein, „eine mit den Sozialpartnern ausgehandelte Inflationsrate festzulegen und dafür Sorge zu tragen, daß die Dynamik der staatlich festgesetzten Preise, der Tarife, der Arbeitskosten und der Indexierungsmechanismen sich innerhalb dieses Rahmens hält“.

Inflationsbekämpfung, Investitionsförderung und Beschäftigungsförderung waren die im Regierungsprogramm aufgezeigten Grundziele, und wir haben die Absicht, diese Ziele auch künftig parallel zueinander und mit der gleichen Tatkraft zu verfolgen.

Die Notwendigkeit, zwei Probleme oder auch Ungeheuer, wie ich sie lieber nenne, gleichzeitig anzupacken, nämlich Inflation und Arbeitslosigkeit, wurde auch im Juli des vergangenen Jahres anlässlich des Wirtschaftsgipfels in Ottawa von den Staats- und Regierungschefs der großen Industriestaaten anerkannt und betont. Gewiß wird man bei der Dosierung der insgesamt durchzuführenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen den in den einzelnen Volkswirtschaften bestehenden Sonderbedingungen Rechnung tragen müssen, und die Wahl der Prioritäten wird zweifellos von den konkreten Entwicklungen dieser Bedingungen beeinflusst. Nach dem Urteil der italienischen Regierung ist die Inflation nicht nur ein währungspolitisches Problem, sondern hat auch strukturelle Ursachen, die mit der mangelhaften Flexibilität unserer Volkswirtschaften zusammenhängen und die die Produktionskosten belasten.

Die zwei Basisdokumente der italienischen Wirtschaftspolitik, die wir am 30. September 1981 im Parlament eingebracht haben und die jüngst verabschiedet wurden – es handelt sich um das Haushaltsgesetz und um das Finanzgesetz für das Jahr 1982 – sind konsequenter Ausdruck dieses grundsätzlichen Ansatzes. Für das Jahr 1982 wurde für den Inlandkredit ein Gesamtvolumen von 73 000 Mrd. Lire und für das Defizit des öffentlichen Haushaltes eine Höchstgrenze von 50 000 Mrd. Lire festgesetzt.

Die Kürzung der öffentlichen Ausgaben, die die Regierung vornehmen mußte, und dies insbesondere bei den Übertragungen der Sozialleistungen und im Gesundheitswesen, zielen darauf ab, die unkontrollierte Ausweitung des Staatsdefizits, das schon allein als solches eine der Hauptursachen der Inflation darstellt, einzudämmen und auf ein Höchstmaß zu beschränken, das mit der im Programm angestrebten Inflationsrate von 16 v. H. zu vereinbaren ist.

Bei den Bemühungen um die Eindämmung des Defizits im Staatshaushalt war die Regierung allerdings auch bestrebt, den für Produktionsinvestitionen bestimmten Anteil der öffentlichen Haushaltsmittel beizubehalten und nach Möglichkeit zu erhöhen. Ungeachtet der großen finanziellen Schwierigkeiten beträgt der diesbezügliche Haushaltsansatz für den im mittelfristigen Wirtschaftsplan vorgesehenen Dreijahreszeitraum den entscheidenden Beitrag von 115 000 Mrd. Lire.

Zur Klarstellung sei noch gesagt, daß die Regierung für die Investitionen in den einzelnen Sektoren nicht nur Prioritäten gesetzt hat, sondern auch bemüht war, das geeignete Instrumentarium zur Bewertung der Wirksamkeit und der Produktivität der vom Staat bereitgestellten Mittel zu schaffen. Der Eingriff der öffentlichen Hand in das Wirtschaftsleben darf auf keinen Fall als Wohltätigkeitsmaßnahme oder als Ansporn zur Vergeudung wertvoller Ressourcen verstanden werden; diese Ressourcen sind ja gerade deshalb so wertvoll, weil sie äußerst knapp sind. Daher wurde im Rahmen des Dreijahresplanes auch die Bildung von Kontrollgruppen für die Bewertung der öffentlichen Investition vorgesehen. Dabei geht es nur um eine rein technische Beurteilung, die weder das Vorrecht der Exekutive, die Orientierung der Investitionstätigkeit des Staates festzulegen, schmälert, noch die Verantwortung der Regierung für eine Tätigkeit verwässern läßt, sondern ganz im Gegenteil eine bessere und wirksamere auf die anvisierten Ziele abgesteckte Verwendung öffentlicher Mittel gewährleistet.

Ich darf Ihnen noch einige Daten nennen. Als die von mir geleitete Regierung Ende Juni 1981 ihre Tätigkeit aufnahm, betrug die durchschnittliche Inflationsrate mehr als 21 v. H., während die Industrieproduktion in den ersten zwei Quartalen um etwa 4 v. H. zurückgegangen war. Die italienische Wirtschaft war also gekennzeichnet durch eine nicht mehr tragbare Inflationsrate, die mit einer beträchtlichen Anspannung im Bereich der Produktion einherging. Gleichzeitig erhöhten sich die Staatsausgaben und wurden damit eine Quelle zusätzlicher besorgniserregender Inflationsschübe. Die Regierung ergriff Maßnahmen, durch die folgende Ziele erreicht werden sollten: Eindämmung der Inflation, Ausgleich des Staatshaushaltes, Ausweitung der öffentlichen Investitionen, Schutz der Arbeitsplätze. Heute können wir Fortschritte verbuchen, die gewiß noch nicht durchschlagend, aber immerhin ermutigend sind.

Ende 1981 betrug die Inflationsrate 18,7 v. H. In den ersten drei Monaten des Jahres 1982 sank sie weiterhin auf 16,7 v. H., Gleichzeitig sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt in der Industrieproduktion Anzeichen einer Erholung zu beobachten. Das Ergebnis der allmählichen Senkung der Inflationsrate ist zwangsläufig auf die Preis- und Tarifdämpfungspolitik der Regierung zurückzuführen, auch wenn diese Politik nur unter großen Schwierigkeiten durchgesetzt werden konnte. Des Weiteren ist dieses Ergebnis auch der Haltung der Gewerkschaften im Jahre 1981 und in den ersten Monaten dieses Jahres zuzuschreiben. Diese Haltung wurde wohl dadurch ermöglicht, daß Regierung und Gewerkschaften sich häufig an einen Tisch setzten, um solche Regierungsmaßnahmen zu erörtern, die eher geeignet erschienen, Verhaltensweisen zu fordern, die mit dem Ziel der Senkung der Inflationsraten auf das geplante Niveau vereinbar waren.

Noch sind nicht alle Schwierigkeiten überwunden. Die Strategie der Wahrheit befolgend, an die ich mich seit meiner Amtsübernahme als Regierungschef gehalten habe, muß ich zugeben, daß der Weg einer Sanierung der öffentlichen Finanzen und der Wirtschaft unseres Landes noch weit und voller Dornen ist. Mit der gleichen Aufrichtigkeit kann ich aber auch sagen, daß die erzielten Verbesserungen keineswegs Bagatellen sind.

Der seinerzeit aufgezeigte Weg muß weiter verfolgt werden. Die Verabschiedung des Finanz- und Haushaltsgesetzes ist die Voraussetzung für die Fortsetzung und Stärkung der politischen Linie, so wie diese in der Vertrauensfrage festgelegt und bisher verfolgt worden ist. Der politische Ansatz des Dreijahresplanes, der auf eine den Zielen des Wirtschaftswachstums und der wirtschaftlichen Sanierung angemessenen Verwendung der öffentlichen Investitionen abgestellt ist; ist die notwendige und unerläßliche Fortführung der bisherigen Bemühungen.

Die Regierung beschäftigt sich seit geraumer Zeit mit einem Zeitplan und den entsprechenden Modalitäten für den Übergang von kurzfristigen zu längerfristigen Zielen. Im übrigen haben wir bei der Bekämpfung der schweren Wirtschaftskrise die langfristigen Aufgaben nicht aus dem Auge verloren. In nächster Zukunft werde ich ein Wirtschaftsdokument vorlegen, das die Nahtstelle zwischen der Notstandsphase und der Sanierung darstellen wird. Wir berücksichtigen die bei der Bekämpfung der Inflation und des Außenhandelsdefizits erzielten Ergebnisse an Maßnahmen anzubinden, deren Ziel es ist, eine wirkliche Besserung der Beschäftigungslage zu gewährleisten, wobei insbesondere die Produktivinvestitionen gefordert werden sollen.

Dabei läßt sich die Regierung von vier Zielsetzungen leiten:

- Das erste Ziel ist eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen auf den Weltmärkten. Italien kann aufgrund seines Auslandsdefizits keinen Wiederaufschwung erwarten, der sich ausschließlich auf die Binnennachfrage stützt. Das zweite Ziel, das die Regierung in den letzten Monaten bei ihren Gesprächen mit den Sozialpartnern anstrebte, war die Verringerung der Arbeitskosten wie folgt: 16 v. H. im Jahre 1982, 13 v. H. im Jahre 1983, 10 v. H. im Jahre 1984, zuzüglich der Produktivitätsquote.
- Die Regierung will weiterhin mit Entschlossenheit ihren historischen Auftrag wahrnehmen, um das Land aus dem Engpaß der siebziger Jahre herauszuführen mit dem Ziel, eine Produktivitäts- und Wettbewerbsebene zu erreichen, die ihrerseits den europäischen Inflationsmaßstäben entsprechen soll.
- Der dritte Schwerpunkt ist die Reduzierung des öffentlichen Haushaltsdefizits auf das Niveau der anderen Industrienationen. Dazu bedarf es eines Maßnahmenpaketes, das darauf abzielt, die Ursachen des Anstiegs der laufenden Ausgaben strukturell und definitiv zu beseitigen.
- Der vierte Schwerpunkt ist schließlich die Kontrolle der Währungssituation und deren Auswirkungen auf dem Devisenmarkt mit dem Ziel, die Stabilität der Lira langfristig zu erreichen.

Die Regierung will mit ihrem Programm die Voraussetzungen für einen globalen Ansatz schaffen, der es der italienischen Wirtschaft ermöglichen soll, einen Weg zu beschreiten, der mit der internationalen Entwicklung und insbesondere mit den EG-bedingten Bedingungen in Einklang zu bringen ist.

Im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung werden wir mit größtem Einsatz unsere Aufgabe erfüllen. Wir sind keineswegs gewillt, die Krise als etwas Unvermeidliches zu betrachten, und wir werden daher alle menschlichen, finanziellen sowie technologischen Kräfte unseres Landes zu Hilfe rufen, um der Spirale der Inflation und der Rezession ein Ende zu setzen. Doch müssen wir uns immer vor Augen halten, daß die Probleme unseres Landes über die Landesgrenzen hinausgehen und daß daher auch die Lösungsmöglichkeiten, die unsere Regierungen vorbereiten, nicht ohne wirksame Zusammenarbeit denkbar sind. Die wachsende Interdependenz der einzelnen Volkswirtschaften, sowie die engen Wechselbeziehungen zwischen den internationalen Problemen, erlaubt es niemandem, isoliert auf sich allein gestellt und einseitig vorzugehen. Wenn wir uns dazu hinreißen ließen, würde dies zu einer Involution in den internationalen Beziehungen führen, sowie auch zu einer schwer kontrollierbaren Destabilisierung des Weltwirtschaftssystems. Dies wäre sicher gegen die Interessen aller, und daher müssen wir uns bemühen, die Vor- und Nachteile gerecht zu verteilen und die gemeinschaftliche Harmonisierung der Wirtschaftspolitik zu fördern.

Ich hatte Gelegenheit, diese Themen gründlich, und auch im Hinblick auf das Versailler Gipfeltreffen der führenden Industriestaaten, mit Bundeskanzler Schmidt zu erörtern. Bei unserem Meinungsaustausch konnten wir sehr ermutigende gemeinsame Anliegen feststellen, sowohl über die Notwendigkeit, den europäischen Einigungsprozeß zu beschleunigen als auch über die einzuschlagenden Wege, um die westliche und vor allem die euroamerikanische Übereinstimmung wirksamer zu gestalten.

Was die Einheit Europas anbelangt, so war ich stets und bin heute mehr denn je der Auffassung, daß es sich hier um ein unteilbares und einheitliches Projekt handelt, dessen Schwerpunkt sowohl in der zunehmenden wirtschaftlichen Integration und in der institutionellen Förderung als auch in einer immer engeren politischen Zusammenarbeit zu suchen ist. Beide Seiten haben Vorschläge ausgearbeitet, und wir tragen die Verantwortung, diese konsequent weiterzuentwickeln: die Veränderung der gemeinsamen politischen Linien, die neue Ziele und einen wiedererwachten Willen zur gemeinschaftlichen Wirtschaftsintegration zu bringen, sowie der italienisch-deutsche Vorschlag eines Europäischen Aktes, der die Beziehungen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten schrittweise in eine europäische Union verwandeln soll.

Der berechtigte Wunsch unserer Völker nach konkreten Entwicklungen der europäischen Linie tritt immer deutlicher zu Tage, und wir können nicht einfach über diese Erwartung hinwegsehen. Die Regierungen der Republik Italien und der Bundesrepublik Deutschland – dies ist heute erneut aus meinen Unterredungen mit dem Bundeskanzler hervorgegangen – spüren dieses Bedürfnis und setzen sich mit Kraft dafür ein, denn sie sind der festen Überzeugung, daß nur ein gemeinsames Vorgehen unter Beweis stellt, daß Europa imstande ist, auf internationaler Ebene einen wichtigen Faktor für Frieden, Stabilität und Fortschritt darzustellen.

Uns schwebt gewiß kein aus seiner natürlichen geopolitischen Lage herausgerissenes Europa vor. Auch denken wir nicht im Entferntesten daran, die Rolle einer dritten Macht zu spielen oder uns gar zu der einer destabilisierenden Primadonna verleiten zu lassen. Wir lassen uns vielmehr von dem Wunsch leiten, noch enger und wirksamer mit den Ländern zusammenzuarbeiten – und hier besonders mit den Vereinigten Staaten – mit denen wir in unseren Idealen von Recht, Freiheit und Demokratie übereinstimmen und mit denen wir die gewaltige Verantwortung teilen, die Werte und Errungenschaften einer gemeinsamen Kultur, nämlich der der freien Nationen, die den Fortschritt des Menschen und seiner grundlegenden Wertmaßstäbe fördert, zu retten und zu verteidigen.

